

Bundespräsident Gauck in Athen: Schuster, bleib bei deinem Leisten!

Von Friederike Spiecker | 13.03.2014

Anlässlich einer Reise nach Griechenland hat Bundespräsident Joachim Gauck am 6. März [in Athen eine Rede](#) gehalten. Das musste absehbar auf einen Drahtseilakt hinauslaufen. Denn seit Ausbruch der Eurokrise drängt vor allem Deutschland direkt und auch mittels seiner Einflussmöglichkeiten auf die Troika aus EU-Kommission, EZB und IWF auf Reformen der griechischen Wirtschaft. Nicht nur in der Wahrnehmung vieler Griechen, sondern auch zunehmend in [wissenschaftlichen Analysen](#) wird die seit sechs Jahren herrschende schwere Wirtschaftskrise in Griechenland (und anderswo) mit diesen Reformen in Verbindung gebracht. Die Vertröstungen, die Reformen seien zwar hart, aber unvermeidlich und würden zu einer bald sichtbar werdenden Verbesserung der Lage führen, sind so zahlreich wie die Misserfolge der bisherigen Strategie der Austerität, Flexibilisierung und Privatisierung.

Insofern war es sicher eine Herausforderung für den deutschen Bundespräsidenten, der ja keine direkte Verantwortung für die deutsche Wirtschaftspolitik trägt, die rechten Worte für seine "Solidarität" mit dem griechischen Volk zu finden. Dass er sich zu offener Kritik an der deutschen Regierung und der Strategie der Troika hinreißen lassen würde, war nicht zu erwarten. Dass er aber seine Solidarität – offenbar aus vollständiger Unkenntnis der Sachzusammenhänge – dadurch zu verdeutlichen suchte, dass er die Situation Griechenlands mit der osteuropäischen Staaten nach dem Fall des Eisernen Vorhangs verglich, war dann doch ein schlimmerer Absturz bei diesem Drahtseilakt, als ich Joachim Gauck vorab zugetraut hätte.

Joachim Gauck zieht nämlich den Vergleich zwischen den Transformationsprozessen, die verschiedene Staaten von der Planwirtschaft hin zur Marktwirtschaft vollzogen haben, nicht allein auf der individuellen Ebene der davon betroffenen Bürger nach dem Motto "für viele Menschen schwere und oft perspektivlose Zeiten". Das hätte man ja noch als freundliches, wenn auch folgenloses Verständnis für die Sorgen der Griechen auffassen können. Nein, Joachim Gauck meint, das große Ganze in den Blick nehmen und sich an den Versprechungen der Marktliberalen beteiligen zu müssen:

"Es braucht Zeit, bis die positiven Auswirkungen von Reformen im Alltag ankommen, bis sich die Beschäftigungsperspektiven und die materielle Situation verbessern. Ich bin mir aber sicher: Der Weg

führt zum Ziel, wenn Sie die eingeschlagene Richtung beibehalten. Erlauben Sie mir, diese Zuversicht mit einer Transformationserfahrung zu begründen, die viele Menschen in den postkommunistischen Staaten nach 1990 gemacht haben. Erfahrungen lassen sich zwar nicht eins zu eins übertragen. Aber manche Maßnahmen und das Lebensgefühl, die mit großen Veränderungen in einer Gesellschaft einhergehen, sind in einigen Phasen doch ähnlich. ... Der Umbruch war hart, aber er war notwendig und er hat sich für die Mehrheit gelohnt."

Nein, hier ist dem Bundespräsidenten zu widersprechen: Die Erfahrungen der Transformationsländer lassen sich in einem gesamtwirtschaftlichen Sinne weder eins zu eins noch sonst irgendwie auf Griechenland oder die anderen südeuropäischen Krisenstaaten übertragen. Denn der Wechsel von einem gescheiterten System, der Planwirtschaft, in ein anderes System, die Marktwirtschaft, ist etwas ganz anderes als das Scheitern *in* einem System, das man *nicht* hinter sich lassen kann, sondern in dem man sich weiter zurecht finden muss. Dann stellen sich nämlich grundlegend andere Fragen: Wie konnte es zu diesem Scheitern kommen? War es ein abruptes Scheitern oder eines mit Ankündigung? Und, wenn letzteres der Fall war, welche Anzeichen für das Scheitern wurden übersehen? Dann muss auch geklärt werden, ob das System, so wie es gehandhabt wird, zu einer Benachteiligung der einen und einer Begünstigung der anderen tendiert; ob das ein notwendiger Bestandteil des Systems ist und, wenn ja, ob dann das System selbst sinnvoll sein kann; wenn nein, ob und wie diese Fehlentwicklung abgestellt werden kann. All diese Fragen haben nichts, aber auch rein gar nichts mit dem Transformationsprozess in Osteuropa zu tun. Der Vergleich führt bestenfalls zu nichts und schlimmstenfalls in die Irre, die darin besteht, Durchhalteparolen auszugeben statt auf eine Wende der Politik zu drängen.

Und genau in diesem Fahrwasser fährt Joachim Gauck dann fort: *"Ich weiß, dass es nicht wenige Griechen gibt, die sich ungerecht von Europa und von Deutschland behandelt fühlen. Aber wir sollten uns daran erinnern: Die Regeln für den Ausweg aus der Krise sind keine Willkür und erst recht kein 'Diktat' von außenstehenden Akteuren. Sie führen vielmehr zurück zu der von uns gemeinsam beschlossenen Basis des Zusammenlebens. Sie erinnern uns alle an unsere Selbstverpflichtungen."*

Welche gemeinsam beschlossene Basis, welche "Selbstverpflichtungen" meint Joachim Gauck? Er müsste hier auf das Inflationsziel der EZB zu sprechen kommen und darauf, dass Deutschland gegen diese für die Stabilität der Währungsunion wichtigste Auflage am massivsten von allen EWU-Staaten verstoßen hat und genau deshalb die größte Verantwortung für die Eurokrise trägt. Aber nein, er rührt lieber die Trommel der Neoklassiker (vermutlich ohne dass er es selbst weiß), wenn er sagt: *"Ja, es war ein schwerwiegender Fehler, ohne ausreichende Gemeinsamkeit bei der Finanzpolitik einen Währungsverbund zu gründen."* Damit zielt er auf die Maastricht-Kriterien des Staatsdefizits und der Staatsschulden bzw. deren Nicht-Einhaltung ab bzw. unterstützt so indirekt den Fiskalpakt, was in der gegenwärtigen Situation nichts anderes bedeutet, als dass er nichts gegen die Austeritätspolitik einzuwenden hat. Dass die Staatsverschuldung nicht die Ursache der Eurokrise, sondern eine Begleiterscheinung ist (und nebenbei bemerkt auch der vorangegangenen Finanzkrise), hat sich offenbar noch nicht zu Joachim Gauck herumgesprochen.

Der Bundespräsident scheint sich übrigens selbst nicht sehr sicher zu sein, was die Erfolge der Reformen in Griechenland und damit das Ende der Krise angeht, wenn er indirekt finanzielles

Entgegenkommen signalisiert: "... was ich mir durchaus vorstelle ist, dass ein reformbereites Griechenland auch dann europäische Solidarität erfährt, wenn der Gesundungsprozess länger dauert als erhofft." Ein solches Pfeifen im Walde wirkt darüber hinaus besonders hilflos, weil jeder weiß, dass ein deutscher Bundespräsident keinerlei konkrete Zusagen machen kann.

In griechischen Ohren muss es da wie Hohn klingen, wenn der deutsche Bundespräsident einerseits die hohe Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland beklagt und als Hilfsmittel dagegen Kooperationen mit dem deutschen dualen Ausbildungssystem anbietet (als ob irgendeine Bildungsmisere Griechenland in die Krise gebracht hätte!) oder wenn er an seine Zuhörer appelliert: "Lassen Sie uns an einem Strang ziehen, um den Weg aus der Talsohle zu gestalten." Das sagt ausgerechnet der Vertreter des Landes, dessen Regierung seit Jahren dafür sorgt, dass sich die griechische Talsohle ausdehnt!

Dass sich der deutsche Bundespräsident offenbar keine Zeit nimmt, sich über die Ursachen der Eurokrise sachlich breit – und das heißt jenseits regierungsamtlicher Verlautbarungen – zu informieren, ist traurig genug, mag aber mit seinem ursprünglichen Beruf, den zeitlichen Belastungen seines Amtes und damit zusammenhängen, dass er die Bedeutung dieser Krise nicht zu erfassen vermag. Dass er sich aber berufen fühlt, ohne ausreichende Sachkenntnisse die von Berlin, Frankfurt und Brüssel aus betriebene europäische Wirtschaftspolitik undifferenziert und kritiklos zu unterstützen, ist schon ein starkes Stück. Damit hat er nicht nur den Griechen sondern auch jenen in Deutschland einen Bärendienst erwiesen, die sich darum bemühen, die Wogen in der gegenseitigen Wahrnehmung beider Völker zu glätten und auf ein wirtschaftspolitisches Umdenken hierzulande hinzuarbeiten.

Über den Autor



Friederike Spiecker ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

Veröffentlicht am: 13.03.2014

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2014/03/bundespraesident-gauck-in-athen-schuster-bleib-bei-deinem-leisten/>